

Zu dieser Ausgabe

GWP feiert ein seltenes Jubiläum, wir beginnen den 70. Jahrgang. Dazu lesen Sie nach dem Inhaltsverzeichnis eine kurze Standortbestimmung. Dieser folgt die "Pinnwand" mit Glückwünschen, kürzeren und ganz kurzen und einem sehr nachdenklichen längeren vom früheren Herausgeber Stefan Hradil.

Die Ausgabe widmet sich wie immer dem „Tag“, also den Ereignissen, in denen die Autoren nach dem „Besonderen Allgemeinen“ (W. Hilligen) forschen. Da steht an erster Stelle die Pandemie, die neben vielen Problemen der Gesellschaft auch das demokratietheoretische, den drohenden Funktionsverlust der Parlamente anzeigt, die „Krise als die Stunde der Exekutive“ (*Karsten Schäfer*).

Steht uns auch eine neue Finanzkrise ins Haus? Corona hat zu Geldfluten in bislang unbekannter Größenordnung geführt. Wie lange kann das noch gutgehen? (*Jens van Scherpenberg*).

Die Corona-Krise könnte das Thema „Arbeitslosigkeit“ wieder stärker in den Blick bringen. *Heinz J. Bontrup* zeigt, wie schon in guten Zeiten die Statistik die Lage schön.

Eine Dauerkrise anderer Art brachte der Welt die Regierung des amerikanischen Präsidenten Trump. Ist sie zuende? *Martin Thunert* fragt, wohin die USA nach der Abwahl Trumps gehen werden. Dieses Thema wird uns auch in weiteren Ausgaben beschäftigen.

Vor uns liegt die Bundestagswahl. Heftige Kritik wird seit Jahren am Wahlsystem geübt, das mit dem Element der Überhangmandate zu einer schier unaufhörlichen Vermehrung der Zahl der Abgeordneten führt. *Eckhard Jesse* stellt das Problem und einen Reformvorschlag dar.

Wahlen auf kommunaler Ebene stehen oft unter dem Verdikt, dass sie wegen der Identität der Probleme keine politischen Einsichten vermitteln. *Thomas Waldvogel* und *Michael Webner* analysieren die programmatischen Aussagen der Parteien im Freiburger Kommunal-O-Mat und zeigen, dass die Wahlangebote mitnichten als „postpolitisch“ bezeichnet werden können.

Aspekte der gesellschaftlichen Diskussion kommen in mehreren Beiträgen zur Betrachtung: *Luca Karg* und *Maurice Laßhof* bezweifeln, dass „Fridays for Future“ überall die Stimme der Jugend repräsentieren. Sie haben Auszubildende in der Automobilindustrie befragt.

Was bzw. wer ist antisemitisch? Der Beschluss des Deutschen Bundestags, die BDS-Bewegung als antisemitisch zu erklären, hat eine Diskussion um die Meinungsfreiheit ausgelöst, die von *Edmund Budrich* exemplarisch dokumentiert wird.

Was sind „controversial issues“ und wie geht man damit im Politikunterricht in England um (*Isabelle-Cristine Panreck*), und bedeutet Demokratiebildung den Ausschluss von Kontroversen aufgrund von normativen Festlegungen? (*Michael May*)? Führt Künstliche Intelligenz zu technologischer Macht, und worin besteht die Gegenwehr? (*Günter G. Voß*)

Grundlageninformationen bietet der jüngste Beitrag in der Serie „Deutschland 2020/2021“: *Sylvia Veit* beleuchtet das Verhältnis von Politik und Verwaltung in Deutschland.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern Gesundheit und starke Nerven in der digitalisierten Lehre.

Die Herausgeber